

ebenfalls Ärgernis erregenden Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche, der Schrei nach allzu lange herbeigesehnter Gerechtigkeit, die Korruption im öffentlichen Leben, die bewaffneten Konflikte und die Rüstungsausgaben, das „nicht korrekte Verhalten im internationalen Bereich“, womit der Papst unter anderem die Handelsbeziehungen meinte, die „neue Ungleichgewichte schaffen“, und die hohe Auslandsverschuldung Lateinamerikas.

In einem anschließenden *Aufruf*: „Lateinamerika: aus deiner Treue zu Christus widerstehe denen, die deine Berufung zur Hoffnung ersticken wollen!“ warnt der Papst vor „Versuchungen“ für die Christen Lateinamerikas: an erster Stelle vor der „Suche nach sozialen Modellen“, die der christlichen Berufung nicht entsprechen oder sogar widersprechen. Eine Versuchung stelle auch all das dar, „was die Einheit der Kirche schwächt ... sei es durch diejenigen, die den Glauben ideologisieren oder eine ‚Volkskirche‘, die nicht die Kirche Christi ist, errichten wollen, sei es durch die Ausbreitung religiöser Sekten, die mit dem wahren Inhalt des Glaubens wenig zu tun haben“. Weiter nennt der Papst „die unchristliche Versuchung der Gewalttätigen, die politische Lösungen durch Waffengewalt oder ideologischen Druck ersetzen“; die Verführung durch Ideologien, die einer christlichen Sicht des Menschen die „Idole der Macht, der Gewalt und des Genusses“ entgegensetzen; die Korruption und die Ausbreitung von Drogenhandel und Pornographie; neokolonialistische Praktiken im Bereich der Familienplanung; den Egoismus der Satten und die Einmischung fremder Mächte aus eigenen wirtschaftlichen oder ideologischen Interessen.

Warten auf Kuba

In *Puerto Rico*, der letzten Station seiner Reise, wandte sich der Papst ausschließlich an die Bewohner des Gastlandes und stellte die Themen Ehe, Familie und Erziehung in den Vordergrund seiner Predigt. In San Juan richtete der Papst ein besonderes Gruß-

wort an die Katholiken Kubas: „Ich grüße dieses ehrenwerte Volk, die Priester, Ordensleute, Seminaristen und die christlichen Laien aus dieser Perle der Karibik.“ Der Name der geographisch nahegelegenen Insel erwecke in ihm „Gefühle der tiefen Bewegung und der Nähe zu dieser Kirche“. Auf dem Rückflug nach Rom äußerte der Papst den Wunsch, *Kuba* zu besuchen, jedoch stehe eine Einladung noch aus.

Vor und nach den Terminen, die mit dem eigentlichen Anlaß der Reise zu tun hatten, absolvierte der Papst wie bei anderen Reisen noch eine Reihe von Begegnungen. Auch bei dieser

jüngsten Reise nach Lateinamerika, der Anfang nächsten Jahres eine weitere folgen wird, wurde das keine Anstrengung scheuende Bemühen des Papstes deutlich, dabei zu sein, zu ermutigen und zu ermahnen. Johannes Paul II. wird nachgesagt, er besitze die Fähigkeit des Zuhörens. Bei der seit seiner ersten Reise unveränderten Dichte solcher Besuchsprogramme, die den Papst so gut wie immer ausschließlich als Redner vorsehen, bleibt für unmittelbare Erfahrungen – sonst der Sinn einer Reise – und Gespräche, die etwa dem Konzilsprinzip der Kollegialität Rechnung trügen, allerdings wenig Raum.

G. B.

England: Bischöfliche Kritik an der Regierung

Ob, wann und wie sich Kirchen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen äußern und welche Resonanz sie dabei finden, hängt immer auch mit ihrer jeweiligen geschichtlich-konfessionellen Prägung zusammen, ebenso mit Tradition und Struktur des Staat-Kirche-Verhältnisses im betreffenden Land. Anschauungsmaterial dafür lieferten in jüngster Zeit die Auseinandersetzungen, die in Großbritannien über Äußerungen aus der Church of England zur Lage des Landes im allgemeinen und zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Thatcher im besonderen geführt wurden. Sie sind nur zu verstehen, wenn man sich die besondere Situation der Church of England vor Augen hält: Auf der einen Seite die engen Bindungen an den Staat und an das gesellschaftliche Establishment, auf der anderen Seite das Bemühen um Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in der Erfüllung des kirchlichen Auftrags. Daß damit vielfach eine schwierige Gratwanderung verbunden ist, hat sich in den vergangenen Jahren in den Stellungnahmen zum Falkland-Konflikt (vgl. HK, Juni 1982, 267–269) und in der Diskussion über die Studie „The Church and the Bomb“ (vgl. HK, März 1983, 107–109) gezeigt. Nach Falkland-

Krieg und Nukleardebatte wurde jetzt der Bergarbeiterstreik in den nordenglischen Kohlegruben zum Konfliktstoff.

Ein eigenwilliger Bischof

Zum ersten Kristallisationspunkt für die Auseinandersetzungen wurde die Predigt, die der neue Bischof von Durham, *David Jenkins*, im Gottesdienst zu seiner Amtseinführung am 21. September hielt. Bischof Jenkins, der seiner Predigt einen Text aus Röm 15 zugrunde legte („Der Gott der Hoffnung aber erfülle euch mit aller Freude und mit allem Frieden ...“), stellte gleich im ersten Satz den Bezug zur konkreten Situation seiner Diözese her: Was könne die Rede vom „Gott der Hoffnung“ angesichts von Arbeitslosenraten zwischen 35 und 50 Prozent im englischen Nordosten bedeuten. Der *Bergarbeiterstreik* mache deutlich, wie sehr die englische Gesellschaft gespalten und verunsichert sei. Auf den Streik kam der Bischof dann in der zweiten Hälfte seiner Predigt ausführlich zu sprechen, nachdem er zunächst in eindrucksvollen Formulierungen (der vollständige Text findet sich in der „Church Times“ vom 28. 9. 84) an die Kraft der christlichen Hoff-

nung erinnert und dabei vor der Flucht in Enthusiasmus und in Illusionen gewarnt hatte. Er beließ es nicht bei der Mahnung zum Kompromiß („Jeder, der den Kompromiß in bezug auf politisches Handeln, Programme oder Überzeugungen zurückweist, setzt sich selber an die Stelle Gottes“), sondern machte sich zum Anwalt der streikenden Bergarbeiter, wenn auch nicht ohne Kritik an ihren überzogenen Forderungen. Eine Gesellschaft, die nach wirtschaftlichem Fortschritt um materieller Ziele willen strebe, dürfe nicht einfach einigen ihrer Mitglieder menschliches Leid aufbürden zugunsten des Überflusses anderer: „Deshalb dürfen die Bergarbeiter nicht besiegt werden, und das muß die wichtigste Priorität sein.“ Die Regierung, so Bischof Jenkins, scheine Armut und Arbeitslosigkeit gegenüber unsensibel zu sein; ihre Finanzpolitik komme nur denen zugute, denen es schon besser gehe.

Daß gerade diese Predigt so viel Aufmerksamkeit fand, hängt allerdings nicht nur mit den pointierten Aussagen zum Bergarbeiterstreik zusammen, sondern auch mit der *Person des neuen Bischofs*. Schließlich hatte David Jenkins in einem Fernsehgespräch Anfang Mai dieses Jahres (er war damals schon zum Bischof ernannt worden) Auffassungen über das Verständnis der Jungfrauengeburt und der Auferstehung vertreten, die vor allem bei Konservativen und Evangelikalen in der Church of England einen Sturm der Entrüstung auslösten und ihm den Vorwurf der Häresie einbrachten. Der für den Norden Englands zuständige Erzbischof von York wurde aufgefordert, die Bischofsweihe von Jenkins bis zum klaren Erweis von dessen Orthodoxie zu verschieben, was allerdings nicht geschah.

Auch diejenigen, die Bischof Jenkins gegen den Häresievorwurf in Schutz nahmen (wohl zu Recht, liest man die umstrittenen Äußerungen genauer nach), hielten dem eigenwilligen Oberhirten mehr oder weniger deutlich vor, er habe bei seinen Aussagen über die Deutung von Jungfrauengeburt und Auferstehung zu sehr als Theologieprofessor gesprochen und

nicht genügend die besondere Verantwortung eines Bischofs gegenüber dem Glauben der Kirche und der Öffentlichkeit im Auge gehabt. Auch in seiner (theologisch hieb- und stichfesten) Antrittspredigt gab sich Bischof Jenkins unnötige Blößen: So qualifizierte er den Leiter der staatlichen Kohlenbehörde, *Ian McGregor*, als einen „aus Amerika importierten älteren Herrn“, was ihm auch von manchen übelgenommen wurde, die mit seiner Kritik an der Regierungspolitik und seinem Appell zur Versöhnung einverstanden waren.

Der Primas erklärt sich

Zustimmung erhielt Jenkins sowohl vom Erzbischof von Canterbury wie von dem von York, *John Habgood*. Letzterer merkte allerdings auch an, er halte es nicht für besonders klug, in einer Predigt namentlich Genannte zu kritisieren. Im Episkopat gab es auch andere Stimmen: So äußerte der Bischof von Petersburg, Bischof Jenkins fehle es an Gespür für die richtige Zeit und den richtigen Ort; er hätte sein politisches Statement besser im Oberhaus vorgebracht, wo direkter Widerspruch möglich sei.

Daß der neue Bischof von Durham mit seinen massiven Bedenken gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen Regierung und ihren Folgen für die englische Gesellschaft keineswegs allein steht, sondern für eine breite Strömung in der Leitung der Church of England spricht, hat sich in den letzten Wochen deutlich gezeigt. So sprach der Bischof von Birmingham, *Hugh Montefiore*, vor seiner Diözesansynode Anfang Oktober von der „Konfrontationspolitik“ der Regierung, die es unmöglich mache, einen nationalen Konsens im Blick auf die Zukunft herzustellen. Es brauche angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit eine Debatte über den weiteren Weg der Arbeitsgesellschaft in Großbritannien.

Genau zum Beginn des Parteitags der Konservativen in Brighton gab dann auch das geistliche Oberhaupt der Church of England, Erzbischof *Robert Runcie* von Canterbury, die bisher

für ihn charakteristische Zurückhaltung auf. In einem „Times“-Interview, dem ein Treffen des Erzbischofs mit anglikanischen Bischöfen von England und Wales vorausgegangen war (dabei sollen sich nur 3 von 22 Anwendern gegen den Kurs Runcies ausgesprochen haben), sagte Runcie, Wirtschaftswachstum, höherer Lebensstandard und Wiedergewinnung des nationalen Stolzes seien zwar erstrebenswerte Ziele; wenn aber solche Ziele Rekordarbeitslosigkeit, Armut, Bürokratie und ungerechte Verteilung der notwendigen Opfer zur Folge hätten, müsse man die Ziele in Frage stellen. Nach der Rolle der Church of England in den politischen Auseinandersetzungen gefragt, meinte der Erzbischof: „Es ist bequemer, auf einem Flügel zu stehen als in der Mitte von beiden Seiten Schläge zu erhalten; aber genau dort befindet sich die Church of England mit ihren öffentlichen Stellungnahmen.“

Ähnlich massive Attacken auf die Regierungspolitik wie von anglikanischer Seite waren bisher von katholischer Seite in England nicht zu vernehmen. Allerdings hat sich kurz vor der Antrittspredigt von Bischof Jenkins auch der sozial engagierte katholische Erzbischof von Liverpool, *Derek Worlock*, zum Bergarbeiterstreik geäußert. Worlock warnte davor, in dem Streik nur das Ergebnis der Intransigenz einiger entschlossener Männer zu sehen. Vielmehr sei er ein Symptom für die Unfähigkeit der Nation, mit dem postindustriellen Zeitalter zurechtzukommen.

Weitere Spannungen absehbar

Mit seinem „Times“-Interview handelte sich Erzbischof Runcie heftige Kritik konservativer Politiker ein, die ihm unter anderem Naivität und Mißachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge vorhielten. Ein Parlamentarier meinte, wenn der Erzbischof sich für die Förderung von überflüssiger Kohle einsetze, solle er sie zur Buße aufessen. Der Lordkanzler, Lord Hailsham, sagte in einem Rundfunk-Interview, die Bischöfe sollten versuchen, die Kirche als Zement zusam-

menzuhalten anstatt ihre Herde in Schafe und Böcke zu spalten.

Mit erheblichen *Spannungen* zwischen anglikanischer Kirchenführung und Regierung ist jedenfalls auch in nächster Zeit zu rechnen, zumal die Konservativen auf ihrem jüngsten Parteitag in ihrer überwiegenden Mehrheit keinerlei Neigung zeigten, vom bisherigen Kurs nicht nur in bezug auf den

Bergarbeiterstreik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik überhaupt abzugehen. Ob es der Church of England gelingt, im Sinn der Äußerungen von Erzbischof Runcie zur Aufrechterhaltung bzw. Wiedergewinnung des gesellschaftlichen Konsenses beizutragen, ohne dabei ihre Kompetenzen zu überschreiten oder ihre Kräfte zu überschätzen, wird sich erst noch zei-

gen müssen, ebenso, ob damit auf längere Sicht Veränderungen im Staat-Kirche-Verhältnis verbunden sein werden. Daß die Spannungen und Spaltungen in der englischen Gesellschaft dem Mutterland der Demokratie noch schwer zu schaffen machen könnten, diese Sorge haben jedenfalls nicht nur anglikanische Bischöfe.

U. R.

Rückkehr zum Liberalismus?

Neue französische Strömungen

Die *Abkehr vom Sozialismus* ist augenblicklich das wesentliche Merkmal der ideologischen und politischen Orientierung der französischen Führungskräfte, und nicht weniger des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Dies mag rund dreieinhalb Jahre nach der Wahl des Sozialisten *François Mitterrand* zum Staatspräsidenten und dem damals als grundlegend betrachteten Beginn einer neuen Ära überraschen. In der Vergangenheit waren zwar die sozialistischen Experimente in Frankreich stets von kurzer Dauer, diesmal erfolgte jedoch der Start unter besonders günstig erscheinenden Bedingungen. Die Linksunion mit den Kommunisten bildete eine breite Grundlage, zumal die Sozialisten für sich allein die Mehrheit im Parlament besaßen. Für die ersten fünf Jahre seines siebenjährigen Mandats verfügte demnach der Präsident über einen beachtlichen Spielraum. Die Zeit befand sich gewissermaßen auf seiner Seite, denn er brauchte sich nicht zu überstürzen, um die ihm nach der Verfassung zustehenden Machtbefugnisse zielbewußt und gelassen in seinem Sinne zu nützen.

Enttäuschter Idealismus

Es ist hier nicht der Ort, eine Bilanz des sozialistischen Experiments aufzustellen. Es gilt lediglich zu erklären, weshalb eine *deutliche Abkehr vom Sozialismus* erfolgte. Hierfür gibt es sowohl oberflächliche wie in die Tiefe gehende Gründe. In der französischen Vorstellungswelt besitzt der Sozialismus eine weit stärkere *idealistische* als marxistische Prägung. Er verbindet sich so mit dem Wunsch nach *weniger Staat* und nach *mehr Freiheit*. Beides versprach Mitterrand wiederholt in seinem Wahlkampf, wobei allerdings offen blieb, was unter der Ausweitung der Freiheit in einem unumstritten demokratischen Land zu verstehen ist.

Nach der Wahl brachte der sozialistische Alltag nicht weniger, sondern mehr Staat. Die Aufblähung des Beamtenstabes um rund 200 000 Personen wurde zum Symbol des unerträglichen Triumphs der Bürokratie. 1922 zählte Frankreich 594 000 Beamte. 1946 1 038 000 und 1982

2 630 000. Berücksichtigt man auch die lokalen Körperschaften und die Belegschaften der verstaatlichten Unternehmen, dann ist der Staat der Arbeitgeber von über 6 Millionen Franzosen, also rund 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Der sozialistische Staat brachte ferner eine angeschwollene Gesetzes- und Verordnungsflut, nachdem bereits zwischen 1971 und 1980 im französischen Amtsblatt, dem „Journal Officiel“, die erschreckende Zahl von 126 516 offiziellen Texten (Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Zirkulare) veröffentlicht worden waren. Mehr Staat bedeutete schließlich selbst für nicht wenige sozialistische Wähler die Nationalisierung der größten Industriegruppen und fast des gesamten Bankwesens.

Die als einziges Gegengift in die Wege geleitete Dezentralisierung des Verwaltungssystems blieb psychologisch wirkungslos, da sich damit bis zum heutigen Tage für die Bevölkerung nicht zu Unrecht vor allem eine Ausbreitung der Bürokratie verbindet. Die lokalen Instanzen machen von ihren neuen Machtbefugnissen zwangsläufig in bürokratischer Form Gebrauch, ohne daß deswegen die zentralen Stellen zurückweichen. In kurzer Frist erfolgte so eine Identifizierung des Sozialismus französischer Prägung mit Staat und Bürokratie. Es lag nahe, den einen für das andere verantwortlich zu machen und beides zurückzuweisen.

In den Reihen der sozialistischen Gläubigen lösten enttäuschte, wenn wohl auch irrige Hoffnungen eine vernichtende *ideologische Erosion* aus. Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts war der sozialistische Idealismus in Frankreich besonders bei Intellektuellen der fraglose Mittelpunkt politischer Zukunftsträume. Er belebte die Geister mit sehr verschiedenartigen Varianten, von Saint-Simon und Lassalle über Proudhon und Marx bis zu Lenin und Stalin. Bis zur Selbstverleugnung schuf und erhielt nicht selten das den kommenden Generationen versprochene Glück ein politisch und moralisch nicht mehr vertretbares Treueverhältnis. Die französische Elite, deren Einfluß auf die Medien nicht unterschätzt werden dürfte,